

BERLINER RUNDSCHAU

TRAUER UM JONNY K.

Gewaltdebatte muss geführt werden



**Innensenator
Frank Henkel**

sagt Hütchenspielern
den Kampf an

Seite 2



**Gute Nachricht
für Berlin:**

Große Koalition
senkt Wasserpreise

Seite 4



**CDU-General
Kai Wegner:**

Tempo-30-Zonen
überprüfen

Seite 4

CDU-Innensenator Henkel sagt Hütchenspielern den Kampf an

Der Schaden geht in die Millionen – täglich werden Berliner und Touristen Opfer von Hütchenspielern und Taschendieben. Innensenator Frank Henkel (CDU) hat den Kriminellen den Kampf angesagt und die Polizeipräsenz in der City-West erhöht.

Es läuft immer nach dem gleichen Schema ab: An einem vor allem von Touristen stark frequentierten Ort – zum Beispiel Tauentzien / Kurfürstendamm – hockt sich ein Spieler vor einen kleinen Teppich, auf dem sich drei Schachteln und eine kleine Kugel befinden.



Um den Spieler herum stehen mehrere Personen, die anscheinend Interesse am Mitspielen haben (sogenannte „Anreißer“). Der Spieler versteckt nun die Kugel unter einer der drei Schachteln, beginnt diese zu verschieben und fordert dabei

die umstehenden Personen auf, den Verbleib der Kugel zu bestimmen. Einer der „Anreißer“ setzt einen Geldschein auf eine Schachtel. Tatsächlich befindet sich die Kugel unter

dieser Schachtel – er gewinnt. Auf diese Weise wird den vorbeilaufenden Passanten vorgegaukelt, man könne hier leicht Geld gewinnen. Spielt nun ein ahnungsloser Passant mit, erhöht der Spieler die Geschwindigkeit beim Verschieben der Schachteln und lässt die Kugel unbemerkt verschwinden – der Passant verliert immer. Oftmals werden Passanten, die durch das Hütchenspiel abgelenkt sind, von den „Anreißern“ oder anderen Beteiligten auch direkt bestohlen.

Delikte wie diese haben in letzter Zeit stark zugenommen. Bei Taschendiebstählen war allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres ein Anstieg von fast einem Viertel (24,4 Prozent) auf insgesamt 5.659 Straftaten zu verzeichnen. Innensenator Frank Henkel (CDU) hat den Druck auf Trickbetrüger und Taschendiebe deshalb weiter erhöht. Auf seine Initiative wird an besonders betroffenen Orten die Polizeipräsenz verstärkt. Ab November patrouilliert täglich je eine Doppelstreife zusätzlich über den Kurfürstendamm, die Tauentzienstraße sowie über den Breitscheid- und den Hardenbergplatz. Damit sollen nicht nur Straftaten besser verhindert und verfolgt werden, sondern auch der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern intensiviert werden, um sie über Gefahren aufzuklären.

NSU-Terror muss vollständig aufgeklärt werden

Am 4. November 2011 wurde die rechtsextreme NSU-Terrorzelle aufgedeckt. Ihr werden mindestens zehn Morde, zudem Banküberfälle und Bombenanschläge angelastet. Seitdem ermitteln die Sicherheitsbehörden mit Hochdruck, um die Hintergründe aufzuklären.

„Die rechtsextreme Terrorserie des NSU hat unser Land in seinen Grundfesten erschüttert. In tiefer Trauer gedenken wir der zehn Menschen, die dieser Mordserie zum Opfer gefallen sind. Gleichzeitig haben wir eine tiefe moralische Verantwortung gegenüber den Angehörigen, die jahrelang um Gerechtigkeit kämpfen mussten und sich dabei mit ihrem Schmerz allein gelassen fühlten“, sagte Innensenator Frank Henkel (CDU).

Die öffentliche Erwartungshaltung gegenüber den aufklärenden Stellen sei völlig zu Recht hoch. Das betreffe nicht nur eine

schnelle Übermittlung von Erkenntnissen, sondern auch eine möglichst transparente Kommunikation, so Henkel. „Als weltoffene Metropole ist Berlin im höchsten Maße daran gelegen, dass der NSU-Terror vollständig aufgeklärt und die richtigen Schlüsse gezogen werden“, machte der Innensenator deutlich. Die versehentliche Vernichtung von Akten zum Rechtsextremismus durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nannte Henkel „inakzeptabel und nicht entschuldigbar“. Der Vorgang müsse umgehend und lückenlos aufgeklärt werden.

Henkel unterstrich, dass der Kampf gegen rechtsextreme Bestrebungen mit größtmöglichem Engagement geführt werden müsse: „Wir treten jeglicher Form von Intoleranz und Gewalt entgegen.“ Berlin setze sich daher mit Nachdruck für ein rechtssicheres NPD-Verbotsverfahren ein. „Wir werden in dieser Frage nicht wackeln“, betonte der Innensenator.



Nach dem brutalen Übergriff auf Jonny K. am Alexanderplatz, an dessen Folgen der 20-jährige starb, sind Bestürzung und Sorge groß. Diese gewaltsame, von Jugendlichen verübte Tat wirft einen dunklen Schatten auf Berlin. Die deutsche Hauptstadt gilt als eine der sichersten Metropolen Europas.



Foto: Martin U.K. Lengemann

„Diese abscheuliche Tat schockiert mich zutiefst. Das geht mir nicht nur als Politiker, sondern auch als Familienvater unter

Gesellschaftliche Debatte über Gewalt muss geführt werden

Sonntag, 14. Oktober, gegen 4.00 Uhr morgens. Hier auf diesem Wegstück, zwischen Alexanderplatz und Rotem Rathaus, wird Jonny K. unvermittelt Ziel einer brutalen Attacke. Am darauffolgenden Montag, um 14.35 Uhr, stirbt das junge Opfer im Krankenhaus. Der genaue Ort der Tat wird auch noch vier Wochen nach dem unfassbaren Verbrechen zum Ausdruck der Trauer mit Kerzen und Blumen bedacht (siehe Titel und kleines Foto unten).

die Haut“, sagte Innensenator Frank Henkel. Er habe volles Vertrauen in die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Ermittlungsbehörden würden alles in ihrer Macht stehende tun, um dieses abscheuliche Verbrechen aufzuklären.

Während zwei Beschuldigte bereits in Untersuchungshaft sitzen, befinden sich noch immer drei junge Männer auf der Flucht. Unter ihnen ist auch Onur U. Der vermeintliche Haupttäter ist der Polizei bereits strafrechtlich bekannt. Er hält sich derzeit in der Türkei auf. Die Staatsanwaltschaft prüft deshalb mögliche rechtliche Schritte zur Auslieferung des Mannes.

„Wir setzen alles daran, dass diese Verbrecher gefasst und hoffentlich so lange wie möglich weggesperrt werden“, versicherte Frank Henkel. „Wer soviel Leid über andere bringt, der darf nicht darauf setzen, dass Gesellschaft und Justiz Verständnis aufbringen.“

Aufgrund der Brutalität der Tat wird über den Umgang mit jugendlichen Straftätern diskutiert. Der Jugendrichter Andreas Müller aus Bernau - bekannt durch seine

konsequenten Urteile - hält beispielsweise die Einführung eines Warnschussarrestes für sinnvoll. Auch die Berliner CDU sieht darin eine Chance, kriminelle Karrieren jugendlicher Straftäter frühzeitig zu durchbrechen.

Der Polizeiabschnitt überlegt unterdessen, inwiefern die Sicherheitsmaßnahmen auf dem Alexanderplatz erhöht werden können. Auch wenn der Innensenator eine größere Polizeipräsenz befürwortet, um das Sicherheitsgefühl zu stärken, sei der Kampf gegen Jugendgewalt vielschichtiger. „Mehr Polizei auf den Straßen und harte Urteile können abschreckend wirken und sind deshalb zu begrüßen. Aber das Problem beginnt in den Köpfen“, betont Frank Henkel.

Experten sind sich einig, dass brutale Gewalttaten wie im Fall Jonny K. immer wieder Fragen aufwerfen, die sich nicht aus der Sicherheitsperspektive beantworten lassen. Warum sinken die Hemmschwellen und was kann gegen diese Verrohung getan werden? Was sagt es über die Gesellschaft aus, wenn für manche ein Menschenleben nichts wert ist? Wie

können vor allem junge Menschen in ein gesellschaftliches Wertegefüge zurückgeholt werden, in dem die letzte Grenze eben nicht verletzt wird?

„Es muss endlich eine schonungslose Debatte über diese Gewaltspirale beginnen“, mahnt Innensenator Frank Henkel an. „Wir dürfen nicht die Augen vor diesem Problem verschließen und stillschwei-



gend zusehen, wie sich Verrohung und Gefühlskälte in unserer Mitte breit machen.“ Jonny K. ist in der Zwischenzeit auf dem Friedhof Ruhleben im engsten Familienkreis beigesetzt worden. Einige Tage zuvor hatte eine öffentliche Trauerfeier im Haus der Begegnung im Bezirk Charlottenburg stattgefunden.

Berliner Wasserpreise sinken

Eine gute Nachricht für alle Berlinerinnen und Berliner – die Wasserpreise in der Hauptstadt sinken spürbar. Das haben die Regierungsfractionen von CDU und SPD einstimmig beschlossen. „Es ist ein notwendiges Signal“, so der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Florian Graf.

Seit vielen Jahren gibt es Kritik an den viel zu hohen Wasserpreisen in Berlin. Mit 5,10 Euro pro Kubikmeter für Wasser und Abwasser liegt unsere Stadt deutlich über den Gebühren, die beispielsweise in Köln

Die spürbare Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher war für die CDU stets eine Voraussetzung für ihre Zustimmung zum Rückkauf der RWE-Anteile durch das Land Berlin, der nun ebenfalls beschlossen wurde. Damit erhöht das Land seinen Anteil an den Berliner Wasserbetrieben wieder auf 75 Prozent. Laut Darstellung des Finanzsenators sind die Entlastungen nach Erwerb der RWE-Anteile an den Wasserbetrieben aus den Ausschüttungen der neuen Anteile haushaltsneutral finanzierbar. Dennoch erwarten CDU und SPD, dass zunächst

Tempo-30-Zonen auf den Prüfstand

Sie sind für Autofahrer ein Ärgernis – zumindest dort, wo sie keinen Sinn machen: Tempo-30-Zonen. Beispielsweise vor Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen sind sie notwendig, um das Unfallrisiko zu reduzieren.

„Es werden aber auch immer wieder Tempo-30-Zonen eingerichtet, ohne dass es eine sinnvolle Begründung dafür gibt“, sagte der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner.

So sind beispielsweise auf dem Mariendorfer Damm (B96) in Tempelhof-Schöneberg 255 Meter Bundesstraße ohne Bezug zu Kindergärten, Schulen oder anderen Verkehrsströmen als Tempo-30-Zone ausgewiesen. Auch auf der Prenzlauer Promenade sollen künftig auf einem 200 Meter langen (oder besser gesagt: kurzen) Teilstück von 22 bis 6 Uhr Tempo 30 gelten – angeblich aus Gründen des Lärmschutzes. Kai Wegner: „Das ist völlig absurd. Studien zeigen, dass Bremsen und Beschleunigen mehr Lärm verursachen als gleichmäßiges Rollen.“



berechnet werden (3,36 Euro). Die rot-schwarze Regierungskoalition hat nun im ersten Jahr ihrer Amtszeit eine spürbare Entlastung der Berliner Wasserkunden beschlossen. So soll es für das laufende Jahr 2012 eine pauschale Entlastung um 60 Millionen Euro geben, das bedeutet rechnerisch eine Rückerstattung in Höhe von 30 Euro pro Berliner Haushalt. Die Entlastung wird mit der Abrechnung 2013 vergütet. „Für die folgenden Jahre werden die Preise neu kalkuliert, um mittelfristig eine Senkung von mindestens 15 Prozent beim Trinkwasser zu erreichen“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf.

das Unternehmen selbst, beispielsweise durch die Änderung von Abschreibungsregeln, einen Beitrag zur Wasserpreissenkung leistet. Einschnitte bei Mitarbeitern und betriebsbedingte Kündigungen zur Finanzierung der Wasserpreissenkung lehnt die Regierungskoalition kategorisch ab. Außerdem wird der Senat beauftragt, mit dem verbliebenen Partner Veolia „die Grundlage der Zusammenarbeit neu zu verhandeln“, wie es in dem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD heißt. Die Gewinngarantien für private Investoren sollen künftig ausgeschlossen werden. „Dies sind richtige Entscheidungen für die Verbraucher“, so Florian Graf abschließend.



Kai Wegner fordert ein Umdenken in der Verkehrspolitik: „Die Regelgeschwindigkeit beträgt zu Recht 50 km/h. Damit dies so bleibt, muss die Verkehrlenkung Berlin aufhören, auf Zuruf neue Beschränkungen festzulegen. Alle Tempo-30-Zonen, besonders auf Hauptverkehrsstraßen, gehören auf den Prüfstand.“

V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin

INFO-
COUPON

Name, Vorname
Straße, Hausnummer, PLZ
Telefon
eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030.32 69 04 -0 • Fax: 030.32 69 04 -44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**